

Vom Hick-Hack zum Zick-Zack

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **152 (1986)**

Heft 12

PDF erstellt am: **26.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Milizarmee – stehendes Heer

Finanzielle und demografische Überlegungen

Dr. K. Lang

Die Mehrheit der Schweizer ist vom Wert des Milizsystems als Grundlage der Heeresstruktur überzeugt. Allerdings ist man sich der Vor- und Nachteile rational kaum bewusst. Der nachstehende Beitrag macht deutlich, wie eng der Spielraum aus demografischen und finanziellen Gründen ist, auf ein anderes Wehrsystem überzugehen und dennoch eine der heutigen vergleichbare Dissuasiv- und Kampfkraft aufzubringen.

Nach der Ankündigung des Generalstabschefs, dass eine ständige Bereitschaftstruppe zu schaffen sei, und nachdem der Departementschef diese Absicht bestätigt hat, ist es sinnvoll, einige nüchterne Überlegungen über die uns offenstehenden Möglichkeiten anzustellen. Hierbei sind zwei Aspekte zu beachten:

– Die **Kosten** unserer Milizarmee werden ständig kritisiert. Mit einem Mannschaftsbestand von zirka 625 000 Mann kostet die Armee den Steuerzahler annähernd 7 Milliarden Franken pro Jahr. Im Hinblick auf diese nicht unbeträchtliche Summe stellt sich die Frage, ob ein stehendes Heer nicht billiger zu stehen käme?

– Die **Vorwarnzeiten** bei kriegesischen Ereignissen werden ständig kürzer. Dies legt der verantwortlichen Armeeleitung nahe, über eine ständige Bereitschaftstruppe zu verfügen, welche bei den heute zu erwartenden Überraschungsangriffen bis zur erfolgten Mobilmachung der Armee den ersten Schock aufzufangen hätte.

Wie man sieht, sprechen gewichtige Gründe für ein Überdenken der heutigen Heeresorganisation, wobei im Falle von Umstrukturierungen natürlich der finanzielle Aspekt ausschlaggebend ist und auch die demografischen Randbedingungen gebührend berücksichtigt werden.

1. Unsere Milizarmee

Entsprechen die Aufwendungen der Schweiz für die militärische Landesverteidigung der Bedrohungslage? Diese Frage wird mit Sicherheit nie be-

antwortet werden können, ausser im Ernstfall.

Man muss die für die Verteidigung eines Landes notwendige Wehrkraft durch das Kräfteverhältnis mit potentiellen Gegnern bestimmen. Es gibt hierfür sogar mathematische Formeln (L. F. Richardson's theory of conflict). Wir müssen hier pragmatischer vorgehen und unsere Wehranstrengungen mit jenen unserer Nachbarländer vergleichen. Wenn diese heute auch nicht als potentielle Feinde auftreten, so sind sie der gleichen Bedrohung ausgesetzt wie wir. Die Art und Weise, wie unsere Nachbarn dieser Bedrohung begegnen, ist für uns ein Wegweiser und Massstab für unsere eigenen Anstrengungen. Ausgenommen von diesem Vergleich wird Österreich, weil hier der Ausbau des Heeres noch nicht abgeschlossen ist, was einen gültigen Vergleich zur Zeit noch verunmöglicht.

Bei diesem Vergleich mit unseren Nachbarstaaten werden drei Faktoren berücksichtigt:

- die finanzielle Belastung des Steuerzahlers;
- das zahlenmässige Verhältnis der Armeestärke zur Zivilbevölkerung;
- die im Durchschnitt des Jahres Dienst leistende Truppenstärke.

Es sind hier ganz wesentliche Unterschiede festzustellen:

1.1 Belastung des Steuerzahlers

Sie wird gemessen am Prozentsatz des Bruttoinlandproduktes, der für die militärische Landesverteidigung aufgewendet wird. (Jahr 1984):

ASMZ Editorial

Vom Hick-Hack zum Zick-Zack

Die Schweiz hatte in den letzten fünfzig Jahren nicht nur Glück in ihrer Rüstungspolitik. Eine Reihe technischer Fehlschläge führte zu abrupten Verzicht auf hoffnungsvolle Entwicklungen. Fehlende Verständigungsbereitschaft, oft auch mangelnde Sachkenntnis auf Seiten der politischen Entscheidungsbehörden – gelegentliches undurchsichtiges Führungsverhalten der administrativen Organe, das alles erzeugte Spannungen und führte zu ständigen Hick-Hacks bei der Abwicklung der Rüstungsgeschäfte. Dass solches nicht zu gerader Linie, sondern zu einem Zick-Zack-Kurs in der Rüstungspolitik führt, ist eine bedauerliche Tatsache. Die an sich wenig intelligente und von gesellschaftspolitischen Ressentiments erfüllte Abstimmungsvorlage über das Rüstungsreferendum bringt aber einen Vorteil. Sie bietet Gelegenheit zu einem **Neuanfang**: Den archaisch-emotionalen Auseinandersetzungen ist ein Ende zu machen. Gehalt und Stil der Rüstungsdebatten sind auf die Ebene der Sachlichkeit und der Vernunft zu heben.

Seit mehr als fünfundzwanzig Jahren bestehen zwischen **militärischen und rüstungstechnischen Instanzen der Schweiz und Schwedens offizielle Kontakte**. Sie haben zum Ziel, Möglichkeiten der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rüstung zu erarbeiten und zu realisieren.

Die Erfolge dieser Bemühungen waren bis heute noch nicht sehr ergiebig. Dabei verfügt Schweden über eine Rüstungskapazität, die weit über das übliche Potential eines Kleinstaates hinausgeht und die alle Bedürfnisse einer reinen Verteidigungsarmee zu befriedigen vermag. Gründe für mangelnde Kooperationserfolge sind in voneinander abweichenden Anforderungsprofilen im Einzelfall, in nicht miteinander zu vereinbarenden Zeithorizonten, aber auch in industriellen Schwierigkeiten und divergierenden preislichen Vorstellungen zu suchen.

Andererseits spricht einiges nicht nur für eine kollegiale Fortsetzung des Gedankenaustausches, sondern für die Intensivierung der gemeinsamen Bemühungen. Dies nicht nur aus **militärischen**, sondern auch aus **neutralitäts- und handelspolitischen** Gründen.

In den Verhandlungen der KSZE und KVAE sind sich die Neutralen Europas näher gekommen. Nachdem die Schweiz eine Reihe bedeutender Rüstungsbeschaffungen in NATO-Ländern getätigt hat, wäre es opportun, mit unserem neutralen Partner ins Geschäft

zu kommen. Schweden gehört wie wir der Europäischen Freihandelszone (EFTA) an. Es erlaubt unserer Flugwaffe, über seinem Territorium jene Schiessübungen durchzuführen, die bei uns ausgeschlossen sind. Dass dabei auch die schwedische Luftwaffeninfrastruktur benützt werden darf, muss als beachtliches Entgegenkommen gewertet werden.

Bei intensiver Zusammenarbeit darf auch das «do ut des», das «ich Dir – Du mir» als selbstverständlich ins Spiel gebracht werden.

Sofern sich also beispielweise das **Kampfflugzeug JAS 39 Gripen** (vgl. Umschlagbild und Seite 795) auch nur einigermassen in der Bandbreite dessen bewegt, was unseren taktischen, technischen und finanziellen Vorstellungen für ein **Hochleistungsflugzeug der 90er Jahre** entspricht, sollte es oben an die Evaluationsliste zu stehen kommen.

Andererseits sind auch in unserer Produktion einige überzeugende Würfe zu verzeichnen, die Schweden interessieren dürften. Zu denken ist an den **Panzerjäger TOW-PIRANHA** oder an das **Sturmgewehr 90** mit seiner wirkungsvollen 3-Schuss-Automatik.

Schweden wiederum ist weit voran in der Entwicklung sogenannter **intelligenter Munition**, ein Ding, das uns brennend interessieren muss.

Der prüfende Blick auf die in Schweden praktizierte Rüstungspolitik müsste aber auch noch zu anderen Anregungen führen. Bei uns ist die Rüstungsplanung Sache von Armee und Verwaltung. Erst nach abgeschlossener Evaluation gelangt die Regierung an die Räte, um die Verpflichtungskredite für ein bestimmtes Beschaffungsobjekt zu erhalten. In Schweden dagegen wird die **Entscheidungsinstanz bereits in einem früheren Zeitpunkt eingeschaltet**: Die parlamentarische Zustimmung wird schon für die langfristige Rüstungsplanung (unserem Leitbild entsprechend) eingeholt. Das einmal von der Legislative erteilte grüne Licht erlaubt dann der Exekutive, klarere Finanz- und Rüstungsplanungen durchzuführen – ohne Zick-Zack. Und der schädliche Hick-Hack würde höchstens noch einmal, am Anfang, dafür grundsätzlich und mit verbindlichen Optionen, stattfinden.

Sicherheitspolitik als übergeordnete Politik muss von allen Parteien getragen werden. Konsens über einzelne Beschaffungsvorlagen lässt sich dann am besten erreichen, wenn bereits bei der **Definition der Bedrohung, der Umschreibung der wehrpolitischen Ziele und der sich daraus ergebenden allgemeinen Marschrichtung der Rüstungspolitik – dem Leitbild – Übereinstimmung herrscht!** fas

Italien 2,8 Prozent
BRD 3,3 Prozent
Frankreich 4,1 Prozent
Schweiz 2,0 Prozent

Alle diese scheinbar objektiven Zahlen müssen korrigiert werden.

– In diesem Vergleich ist zu berücksichtigen, dass die USA und Kanada Expeditionsheere in Europa unterhalten, deren Kosten nicht ausser acht gelassen werden können. Die Aufwendungen für die militärische Landesverteidigung westeuropäischer NATO-Staaten inklusive Expeditionsheere der USA und Kanadas kosten 5,5 Prozent der Bruttoinlandprodukte der europäischen NATO-Staaten.

– Die Schweiz figuriert mit nur 2 Prozent weit unterhalb unserer Nachbarstaaten. Berücksichtigt man jedoch die Leistungen der Privatwirtschaft für die Lohnfortzahlungen an dienstleistende Wehrmänner, die Pflichtlagerkosten, die Zivilschutzbauten, die ausserdienstliche Tätigkeit der Wehrmänner und vor allem der Kader, so kommt man auf ungefähr 3¼ Prozent. Bund, Kantone und Gemeinden tragen zirka 4,3 Milliarden Franken pro Jahr und die Privatwirtschaft annähernd 2,7 Milliarden Franken.

Wir müssen also die 5,5 Prozent der NATO mit unseren 3¼ Prozent vergleichen.

Obwohl die NATO-Staaten durch die Zonengrenze einer unmittelbaren Bedrohung ausgesetzt sind als die Schweiz und diese zudem durch die Geländekonfiguration privilegiert ist, können wir keinesfalls behaupten, dass wir zuviel für die militärische Landesverteidigung aufwenden.

Nur nebenbei sei erwähnt, dass Japan lediglich 1 Prozent seines Bruttoinlandproduktes für seine Militärausgaben aufwendet, während die USA nicht weniger als 7 Prozent investieren.

Die grossen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern rühren teilweise von bedeutenden Strukturunterschieden in der Armee her:

- mit Ausnahme der Schweiz haben alle angeführten Mächte **stehende Heere**, deren Unterhalt wesentlich teurer zu stehen kommt als unsere Milizarmee;
- einzelne Länder unterhalten **See-streitkräfte**;
- einige wenige verfügen über eine **Atomstreitkraft**.

Einen gültigen Vergleich anzustellen ist somit nicht leicht. Die Höhe der Militärausgaben ist zudem kein absoluter Indikator für die nationale Sicherheit. Die kostenwirksame Verwendung der Geldmittel und die Effizienz der Streitkräfte sind damit nicht gesichert. We-

sentlich ins Gewicht fallen natürlich der Wehrwille des Volkes und der Ausbildungsstand des Heeres, aber der «gute Wille» zur Verteidigung reicht nicht, es muss auch das «Können» vorhanden sein.

1.2 Ausschöpfung des Volkspotentials

Bei einem Vergleich mit dem Ausland ist auch die Anzahl der zum Militärdienst eingezogenen Staatsangehörigen zu berücksichtigen:

Land	Bevölkerung in Mio	stehendes Heer	
		Bestand o. Reserve	in % der Bevölkerung
Italien	57,15	385 000	0,67%
BRD	61,2	478 000	0,78%
Frankreich	55,17	464 300	0,84%
Schweiz	5,47 ¹	ca. 645 000 ²	11,80%

¹ schweizerische Staatsbürger

² Milizarmee und 20 000 Rekruten

Wir haben im Vergleich mit dem Ausland das Wehrpotential des Volkes weitaus am meisten ausgeschöpft. Es wird hierbei ausschliesslich auf die Bevölkerung schweizerischer Nationalität abgestellt, da die zahlreich in der Schweiz ansässigen Ausländer sich nur finanziell durch die Steuern an den Wehranstrengungen beteiligen.

Nur zur Ergänzung sei vermerkt, dass das stehende Heer der UdSSR 1,8 Prozent der Bevölkerung entspricht, während in den USA dieser Prozentsatz knappe 0,9 Prozent erreicht.

Die Reservisten unserer Nachbarländer sind hier nicht berücksichtigt worden, da deren Ausbildungsstand und deren Ausrüstung unbekannt sind und zudem deren Dienstleistungen kaum ins Gewicht fallen.

1.3 Militärische Präsenz

Stehende Heere sind das ganze Jahr unter den Waffen.

Die Angehörigen der **Milizarmee** absolvieren nach der Rekrutenschule nur noch Wiederholungskurse und Ergänzungskurse in immer grösseren Abständen. Somit stellt sich hier die Frage: wieviele Wehrmänner sind im Jahresdurchschnitt in der Schweiz unter den Waffen? Dies gestattet dann, den internationalen Vergleich anzustellen: wieviele Wehrmänner sind im Jahresdurchschnitt pro Million Einwohner unter den Waffen?

Anhand der pro Jahr geleisteten zirka 13 Millionen Dienstage in der Schweiz kann man ausrechnen, dass pro Tag annähernd 35 000 Dienstage